

Meerbusch

An die
Bürgermeisterin der Stadt Meerbusch
Frau Angelika Mielke-Westerlage
Postfach 1664

40641 Meerbusch

Bommershöfer Weg 2-8
40670 Meerbusch
Telefon: 02159 / 91 12 69
Telefax: 02159 / 91 13 69
e-mail: SPD-Meerbusch@gmx.de
internet: www.spd-meerbusch.de

4. April 2017

Sehr geehrte Frau Mielke-Westerlage,

namens und im Auftrag der SPD Fraktion bitten wir Sie, folgenden Antrag in der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Sozialausschusses am 6. April 2017 zu behandeln:

Antrag:

In der Beratungsvorlage der gemeinsamen Sitzung von Haupt- und Finanzausschuss sowie Sozialausschuss ist dargelegt, dass die Unterbringung der zugewiesenen Asylbewerber während des Asylverfahrens in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften erfolgt. Mit Anerkennung bzw. Aufenthaltsstatus und dem daraus resultierenden SGB II-Bezug gelten sie als Wohnberechtigte für den allgemeinen Wohnungsmarkt. Auf dem Verordnungsweg ist nach dem „Integrationsgesetz“ eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge eingeführt worden. Dies bedeutet auch für die Stadt Meerbusch, dass sich der Bedarf an Wohnraum für die geflüchteten Menschen ändert. Es werden weniger Gemeinschaftsunterkünfte, dafür aber mehr Mietwohnraum, für die Flüchtlinge mit Anerkennungs- bzw Aufenthaltsstatus benötigt. Die SPD Fraktion hat dazu eine umfassende Anfrage gestellt, damit der Bedarf an Wohnraum transparent wird. Dies ist die Grundlage für die Planung weiteren Wohnraums.

Fest steht, dass wir keine weiteren Gemeinschaftsunterkünfte errichten müssen. Fest steht aber auch, dass in Meerbusch bezahlbarer Wohnraum sehr begrenzt ist. Auch hat die Stadt Meerbusch unter Beteiligung der Bevölkerung ein Stadtentwicklungskonzept beauftragt, dessen Ergebnisse zeitnah vorliegen müssten.

Der Schwerpunkt der sozialen Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen ist die Förderung des Mietwohnungsbaus. Durch die Vergabe von zinslosen oder zinsgünstigen Darlehen und Tilgungsnachlässen an Investoren, die als Gegenleistung für die Zeitdauer der Förderung Mietpreis- und Belegungsbindungen zu Gunsten von Haushalten mit niedrigem oder mittlerem Einkommen einräumen, fördert das Land den Neubau und die Neuschaffung von qualitativem, energieeffizientem und barrierefreiem Wohnraum.

Meerbusch

- 2 -

Gefördert wird der Neubau und die Neuschaffung im Gebäudebestand von Miet- und Genossenschaftswohnungen, zur Vermietung bestimmter Eigentumswohnungen, Gruppenwohnungen für ältere/oder behinderte Menschen sowie Studierende und Mieteinfamilienhäusern.

Daher beantragen wir, dass die Verwaltung prüfen soll:

Wie die Reihenhäuser am Standort „Dickes Loch“ als Mieteinfamilienhäuser für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen realisiert werden können oder alternativ an dem Standort „Dickes Loch“ eine Neuplanung für Mietwohnungsbau errichtet werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
SPD Fraktion Meerbusch

N. Niederdellmann-Siemes

Nicole Niederdellmann-Siemes
Fraktionsvorsitzende

G. Neuhausen

Georg Neuhausen
Fraktionsgeschäftsführer